

BGE 71 III 33

Bundesgericht (BGE), 1941-01-24, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_71_III_33

FR: ATF 71 III 33

IT: DTF 71 III 33

Volltext

32 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 10. l'art. 25 de l'ordonnance du 24 janvier 1941 attenant au régime temporaire de l'exécution forcée. Dans le cas, le débiteur ne paie que sous la menace de la réquisition de vente ; les acomptes peuvent être au nombre de quatre selon l'art. 123 LP, mais ils peuvent être sensiblement plus nombreux selon l'art. 25 de l'ordonnance précitée. La aussi, les procédures pourraient prendre une ampleur inadmissible. De plus, l'office aurait droit à une avance de frais pour la modification du procès-verbal de saisie. Cette avance incomberait au débiteur, dont la solvabilité serait encore diminuée de ce fait. Le Tarif ne fixe du reste pas d'émoluments pour de tels actes. Enfin, seul le débiteur a intérêt à la modification du procès-verbal de saisie, du moins lorsque la valeur des biens saisis suffit à couvrir la dette. Dans ce cas, en effet, le créancier sera certainement payé plus ou moins bref délai par le moyen de la réalisation. Le débiteur, au contraire, aura d'autant moins intérêt à payer complètement sa dette qu'il aura recouvré la libre disposition d'un plus grand nombre d'objets de son choix. Il peut sans doute paraître singulier que la saisie subsiste entièrement lorsque la plus grande partie de la dette est éteinte. Mais, sauf le cas de l'art. 123 LP (art. 25 de l'ordonnance précitée), le débiteur peut subordonner ses paiements à la condition que le créancier consente à libérer tels objets du poids de la saisie. Le créancier décidera alors s'il a intérêt au paiement partiel qui lui est offert conditionnellement. Par ces motifs, la Chambre des requêtes et des juges rejette le recours. **Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. Poursuite et Faillite. I. KREISSCHREIBEN DES BUNDESGERICHTS CIRCULAIRES DU TRIBUNAL FEDERAL 11. Kreisreiben, Circolare, Circolare N° 30. (9. 7. 194:5.) 33 Beschränkungen im Zahlungsverkehr und in der Verfügung über ausländisches Vermögen. Restriktionen en matière de paiements et de disposition des avoirs étrangers. Restrizioni in materia di pagamenti e di disposizioni degli averi degli stranieri. Wir erinnern an unsere Kreisreiben Nr. 25 vom 15. Januar 1936, Nr. 26 vom 4. April 1936 und Nr. 28 vom 21. Juni 1940 über den Verrechnungsverkehr mit dem Ausland 1. Seither sind die Beschränkungen des Zahlungsverkehrs der Schweiz mit dem Ausland durch Bundesratsbeschlüsse ausgedehnt und zudem teilweise verstärkt worden. Zur Zeit gelten solche Beschränkungen gegenüber folgenden Ländern : Belgien (einschliesslich der belgischen Besitzungen), Bulgarien, Dänemark, Deutschland (mit Einschluss Österreichs, der Freien Stadt Danzig, der seinerzeit dem Deutschen Reich angegliederten Ostgebiete und der Untersteiermark), Finnland, Frankreich (BGE 62 UI 1 und 49, 66 m 1. 3 AS 71 In - 1945**

Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 11. (das französische Zollgebiet und die französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoratsgebiete und Mandate), Griechenland, Italien, Jugoslawien (mit Einschluss von Kroatien), Luxemburg, Niederlande (mit Einschluss von Niederländisch-Indien), Norwegen, Polen, Rumänien, Spanien (mit Einschluss der kanarischen Inseln, der spanischen Zone des Protektorats Marokko und der

übrigen spanischen Besitzungen), Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (mit Einschluss von Estland, Lettland und Litauen). Dazu sind nun letzthin die ganz neuartigen Bundesratsbeschlüsse über die vorläufige Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen der Schweiz und Deutschland, vom 16. Februar, 27. April und 3. Juli bzw. zwischen der Schweiz und Polen, vom 3. Juli 1945, gekommen. Danach sind auch Beschränkungen unterworfen die Zahlungen an deutsche oder polnische Staatsangehörige, in der Schweiz oder im Ausland sowie überhaupt Verfügungen über irgendwelche in der Schweiz liegende oder verwaltete Vermögenswerte deutscher oder polnischer Staatsangehöriger in der Schweiz oder im Ausland. Den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind die Angehörigen der Republik Österreich sowie diejenigen Angehörigen der Freien Stadt Danzig, der seinerzeit dem Deutschen Reich angegliederten Ostgebiete, der Untersteiermark und der seinerzeit von Deutschland kontrollierten Gebiete der Tschechoslowakischen Republik, die sich mit Papieren ausweisen, die von deutschen oder seinerzeit deutsch-kontrollierten Behörden dieser Gebiete ausgestellt worden sind. Infolgedessen werden die nachstehenden Weisungen notwendig; welche die in den früheren Kreisschreiben erteilten mitumfassen: 1. • Wird ein Arrest oder eine Pfändung vollzogen gegen eine Person (natürliche oder juristische Person, Handelsgesellschaft oder Personengemeinschaft) mit Wohnsitz oder Sitz in einem der oben angegebenen Länder, Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. NO 11. 35 oder gegen einen deutschen oder polnischen Staatsangehörigen in der Schweiz oder in einem oben nicht genannten Land oder gegen eine nach dem Vorstehenden einem Deutschen gleichgestellte Person und beträgt hierbei die Arrest- oder Betreibungssumme oder der Schätzungswert der arrestierten oder gepfändeten Vermögensstücke mehr als Fr. 2000.-, so ist die Schweizerische Verrechnungsstelle in Zürich unter Einsendung einer Abschrift der Arrest- bzw. Pfändungsurkunde anzufragen, ob der Arrest oder die Pfändung aufrechterhalten werden kann. Wird dies verneint und erwächst die Verfügung der Verrechnungsstelle in Rechtskraft, so hat das Betreibungsamt den Arrest bzw. die Pfändung aufzuheben. Allfällig beim Betreibungsamt eingegangene Zahlungen sind in diesem Fall an die Schweizerische Nationalbank oder die von der Verrechnungsstelle bezeichnete Stelle oder Person zu überweisen. 2. Ist in einer Pfandverwertungsbetreibung der Pfand-eigentümer eine Person mit Wohnsitz oder Sitz in einem der oben angegebenen Länder, oder ein deutscher oder polnischer Staatsangehöriger in der Schweiz oder in einem oben nicht genannten Land oder eine nach dem Vorstehenden einem Deutschen gleichgestellte Person und beträgt hierbei die Betreibungssumme oder der mutmassliche Wert der Pfandgegenstände mehr als Fr. 2000.-, so ist die Schweizerische Verrechnungsstelle in Zürich unter Einsendung eines Doppels des Zahlungsbefehls anzufragen, ob die Pfandverwertung durchgeführt werden kann. (Ergibt sich erst bei der Schätzung, dass die Pfänder mehr als Fr. 2000.- wert sind, so ist die Anfrage nachzuholen.) Wird dies verneint und erwächst die Verfügung der Verrechnungsstelle in Rechtskraft, so ist die Betreibung aufzuheben. Allfällig beim Betreibungsamt eingehende Zahlungen sind an die Schweizerische Nationalbank oder die von der Verrechnungsstelle bezeichnete Stelle oder

36 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. NO. 11. Person zu überweisen. Darf jedoch die Pfandverwertung durchgeführt werden, so ist ein Überschuss des Pfänderlöses an die Schweizerische Nationalbank oder die von der Verrechnungsstelle bezeichnete Stelle oder Person abzuliefern. Ebenso sind überschüssige und daher nicht verwertete Pfandgegenstände an die von der Verrechnungsstelle zu bezeichnende Stelle oder Person

abzuliefern. 3. Wird in der Schweiz über einen deutschen oder polnischen Staatsangehörigen oder über eine nach dem Vorstehenden einem Deutschen gleichgestellte Person das Konkursverfahren oder eine Liquidation infolge Nachlassvertrages mit Vermögensabtretung durchgeführt (sei es, dass das Verfahren neu eröffnet wird, oder dass es bereits schwebt und die Schlussverteilung noch nicht vorgenommen worden ist), so ist dies der Schweizerischen Verrechnungsstelle in Zürich unter Angabe der Gesamtschätzungssumme beförderlich mitzuteilen. 4. Sind in einem Betreibungs- oder Konkursverfahren oder aus der Liquidation eines Vermögens zufolge Nachlassvertrages Zahlungen zu leisten an Berechtigte mit Wohnsitz oder Sitz in einem der oben angegebenen Länder, oder an einen deutschen oder polnischen Staatsangehörigen in der Schweiz oder in einem oben nicht genannten Land oder an eine nach dem Vorstehenden einem Deutschen gleichgestellte Person und beträgt hiebei die Betreibungssumme oder das dieser Person zukommende Konkurs- (Nachlass-) Betreffnis mehr als Fr. 2000.-, so ist die Schweizerische Verrechnungsstelle in Zürich anzufragen, ob die Zahlung an die Schweizerische Nationalbank zu erfolgen hat. Wird dies bejaht und erwächst die Verfügung der Verrechnungsstelle in Rechtskraft, so ist der Betrag an die Schweizerische Nationalbank oder die von der Verrechnungsstelle bezeichnete Stelle oder Person zu überweisen. Soweit die hiemit erteilten Anweisungen deutsche oder polnische Staatsangehörige in der Schweiz oder in einem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N^o n. 37 oben nicht genannten Land oder nach dem eingangs Gesagten jenen Gleichgestellten betreffen, machen sie nötig, dass die Betreibungsämter, Konkursämter, Konkursverwalter und Liquidatoren rechtzeitig in Erfahrung bringen, ob solche Personen am Verfahren beteiligt sind. Im Laufe eines Konkursverfahrens oder Liquidationsverfahrens infolge Nachlassvertrages oder einer bis zur Verwertung durchzuführenden Betreibung wird sich un schwer feststellen lassen, ob deutsche oder polnische Staatsangehörige oder jenen Gleichgestellte auf den Verwertungserlös Anspruch haben (vgl. Ziff. 4 hievor). Kaum schwieriger wird es im Laufe eines Konkurs- oder Liquidationsverfahrens zufolge Nachlassvertrages oder bei der Pfandung, ja schon beim Arrestvollzug sein, festzustellen, ob der Schuldner ein Deutscher oder ein Pole oder ein jenem Gleichgestellter sei (vgl. Ziff. 1 und 3 hievor). Dazu kommt jedoch noch, dass sobald in einer Betreibung für mehr als Fr. 2000.- eine Zahlung an das Betreibungsamt geleistet wird, abgeklärt werden muss, ob dies für Rechnung eines Deutschen oder Polen oder jenem Gleichgestellten, sei es als betreibenden Gläubigers oder betriebenen Schuldners, geschehe. Ja bei der Betreibung auf Pfandverwertung für mehr als Fr. 2000.- bzw. mit mutmasslichem Pfandwert von mehr als Fr. 2000.- ist erforderlich, dass das Betreibungsamt schon sofort nach der Anhebung in Erfahrung bringe, ob der Schuldner oder der allfällige von ihm verschiedene Pfandeigentümer ein Deutscher oder Pole oder jenem Gleichgestellter sei (vgl. Ziff. 2 hievor). Ist dem Betreibungsamt, Konkursamt, Konkursverwalter oder Liquidator die Staatsangehörigkeit der betreffenden Beteiligten nicht zuverlässig bekannt, so werden sie in allen angeführten Fällen nicht darum herkommen, auf die ihnen gutscheinende Weise darüber Erhebungen anzustellen, um Verstösse gegen die einschlägigen Bundesratsbeschlüsse zu vermeiden. Ja von beteiligten Angehörigen der Freien Stadt Danzig, der seinerzeit dem Deutschen Reich angegliederten Ostgebiete,

38 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No 11. der Untersteiermark und der seinerzeit von Deutschland kontrollierten Gebiete der Tschechoslowakischen Republik wird zu diesem Zwecke die Vorlegung ihrer Ausweispapiere erlangt. werden müssen. Die aus den neuen Bundesratsbeschlüssen erwachsenden Obliegenheiten der Betreibungs- und

Konkursämter, Konkursverwalter und Liquidatoren haben sich nur in der Erwartung auf die verhältnismässig hohe Summe von Fr. 2000.- beschränken lassen, dass sie nach Möglichkeit ihr Augenmerk darauf richten, ob nicht etwa durch Teilung von Forderungen, zumal auch Verteilung unter Strohänner, jene Bundesratsbeschlüsse bzw. das vorstehende Kreisschreiben zu umgehen versucht wird, und bei Verdacht das Kreisschreiben doch zur Anwendung bringen. Ebenso ist im Falle, dass sich aus tiefer geschätzten Vermögensstücken ein Verwertungserlös von mehr als Fr. 2000.- ergeben sollte, der Schweizerischen Verrechnungsstelle nachträglich Mitteilung zu machen. Selbstverständlich darf die Schweizerische Verrechnungsstelle aus dem Verkehr mit ihr nicht mit Kosten belastet werden. Vielmehr gilt auch für die dadurch verursachten Auslagen und Gebühren, dass sie vom Schuldner bzw. der Masse zu tragen und allfällig vom Gläubiger vorzuschüssen sind. Nous vous rappelons nos circulaires n° 25 du 15 janvier 1936, n° 26 du 4 avril 1936 et n° 28 du 21 juin 1940 sur le trafic de compensation avec l'étranger. Depuis lors, les restrictions aux paiements entre la Suisse et l'étranger ont encore été étendues par divers arrêtés du Conseil fédéral, et en partie renforcées. Actuellement, il existe de telles restrictions dans les rapports avec les pays suivants: Allemagne (y compris l'Autriche, la ville libre de Dantzig, les territoires de l'Est précédemment annexés à l'Empire allemand, et la Basse-Styrie), Belgique (y compris les possessions belges), Bulgarie, Danemark, Espagne (y compris les îles Canaries, la zone du Maroc sous protectorat espagnol et les autres possessions espagnoles), Finlande, France (le territoire douanier français et les possessions françaises, colonies, protectorats, et pays sous mandat), Grèce, Hongrie, Italie, Luxembourg, Norvège, Pays-Bas (y compris les Indes néerlandaises), Pologne, Roumanie, Tchécoslovaquie, Turquie, Union des Républiques soviétiques socialistes (y compris l'Estonie, la Lettonie et la Lituanie) et la Yougoslavie (y compris la Croatie). A cela sont venus dernièrement s'ajouter les arrêtés du Conseil fédéral instituant des mesures provisoires d'une nature nouvelle au sujet du règlement des paiements entre la Suisse et l'Allemagne, des 16 février, 27 avril et 3 juillet 1945, et entre la Suisse et la Pologne, du 3 juillet 1945. D'après ces arrêtés, les paiements à faire des ressortissants allemands ou polonais habitant la Suisse ou l'étranger, de même que, d'une façon générale, les actes de disposition portant sur n'importe quels biens ou administrés en Suisse appartenant à des ressortissants allemands ou polonais habitant la Suisse ou l'étranger sont également soumis à des restrictions. Sont également soumis à ces restrictions les ressortissants de la République d'Autriche, ainsi que les ressortissants de la ville libre de Dantzig, des territoires de l'Est précédemment annexés à l'Empire allemand, de la Basse-Styrie et des territoires de la République tchécoslovaque naguère contrôlés par l'Allemagne, qui exhibent des papiers de légitimation qui leur ont été délivrés par les autorités allemandes ou par des autorités de ces territoires naguère soumises au contrôle allemand. En conséquence, le Tribunal fédéral a jugé nécessaire de vous donner les instructions suivantes, qui englobent les instructions contenues dans les précédentes circulaires. 1. Lorsqu'il est procédé à un séquestre ou à une saisie contre une personne (physique ou morale, commerciale ou communautaire de personnes) ayant son domicile ou son siège dans l'un des pays indiqués, ou contre un ressortissant allemand ou polonais habitant la Suisse ou un pays non mentionné ci-dessus, ou contre une personne assimilée à un ressortissant allemand selon ce qui vient d'être dit, et que, dans ces cas-ci, la créance pour laquelle le séquestre ou la saisie sont opérés ou l'estimation des

~ Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 11. commerciale ou communautaire de personnes) ayant son domicile ou son siège dans l'un des pays indiqués, ou contre un ressortissant allemand ou polonais habitant la Suisse ou un pays non mentionné ci-dessus, ou contre une personne assimilée à un ressortissant allemand selon ce qui vient d'être dit, et que, dans ces cas-ci, la créance pour laquelle le séquestre ou la saisie sont opérés ou l'estimation des

biens sequestres ou saisis est supérieure à 2000 francs, l'office des poursuites demande à l'office suisse de compensation à Zurich, en lui adressant une copie du procès-verbal de sequestre ou de saisie, si la mesure d'exécution peut être maintenue. Dans la négative et lorsque la décision de l'office de compensation est passée en force, le propose aux poursuites annule le sequestre ou la saisie. En pareil cas, les sommes que le débiteur aurait versées entre les mains de l'office des poursuites seront transférées à la banque nationale suisse ou à l'établissement ou à la personne qu'aura désigné l'office de compensation. 2. Lorsque, dans une poursuite en réalisation de gage, le propriétaire du gage est une personne ayant son domicile ou son siège dans l'un des pays sus-indiqués, ou un ressortissant allemand ou polonais habitant la Suisse ou un pays non mentionné ci-dessus, ou une personne assimilée à un ressortissant allemand, et que, dans ces cas-ci, la somme en poursuite ou la valeur présumée des objets frappés du gage est supérieure à 2000 francs, l'office des poursuites demande à l'office suisse de compensation à Zurich, en lui adressant une copie du commandement de payer, s'il peut être procédé à la réalisation du gage. (Dans le cas où il ne se révélerait qu'au moment de l'estimation que les gages valent plus de 2000 francs, la question devrait être posée à ce moment-là.) Dans la négative et lorsque la décision de l'office de compensation est passée en force, la poursuite est annulée. Les sommes qui auraient été payées entre les mains de l'office des poursuites sont transférées à la banque nationale suisse Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 11. 41 ou à l'établissement ou à la personne qu'aura désigné l'office de compensation. Toutefois, si le gage peut être réalisé, l'excédent du produit de la vente est remis à la banque nationale suisse ou à l'établissement ou à la personne qu'aura désigné l'office de compensation. De même, les gages qui ne sont pas nécessaires pour satisfaire les créanciers et qui n'auront donc pas été réalisés sont remis à l'établissement ou à la personne désignée par l'office de compensation. 3. Lorsqu'un ressortissant allemand ou polonais ou une personne qui lui est assimilée est déclaré en faillite en Suisse ou fait l'objet en Suisse d'une liquidation consecutive à un concordat par abandon d'actif (qu'il s'agisse d'une procédure qui s'ouvre ou d'une procédure qui est déjà en cours mais dans laquelle la distribution finale n'a pas encore eu lieu), il faut en aviser au plus tôt l'office suisse de compensation à Zurich en indiquant l'estimation totale des biens. 4. Lorsque, dans une poursuite ou une faillite ou dans une liquidation de biens consecutive à un concordat, il y a lieu de faire des paiements à des créanciers ayant leur domicile ou leur siège dans l'un des pays sus-indiqués ou à un ressortissant allemand ou polonais habitant la Suisse ou un pays non mentionné ci-dessus, ou à une personne assimilée à un ressortissant allemand, et que, dans ces cas-ci, la somme en poursuite ou ce qui revient à cette personne dans la faillite ou dans le concordat excède 2000 francs, il faudra demander à l'office suisse de compensation à Zurich si le paiement doit se faire à la banque nationale suisse. Dans l'affirmative et lorsque la décision de l'office de compensation sera passée en force, le montant sera versé à la banque nationale suisse ou à l'établissement ou à la personne qu'aura désigné l'office de compensation. Dans la mesure où les instructions qui précèdent concernent des ressortissants allemands ou polonais habitant la Suisse ou un pays non mentionné ci-dessus, ou des per-

42 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht • N° 11. sonnes qui, selon ce qui a été dit au début, sont assimilées à des ressortissants allemands, elles exigent que les offices de poursuite, les offices de faillite, les administrateurs de faillites et les liquidateurs de concordats apprennent à temps si des personnes de cette catégorie sont impliquées dans la procédure d'exécution. Au cours de la liquidation d'une faillite ou d'une liquidation consecutive à un concordat, comme au cours d'une poursuite qui doit aller jusqu'à la

realisation, il ne sera pas difficile de constater si des ressortissants allemands ou polonais ou des personnes qui leur sont assimilées ont droit au produit de la réalisation (cf. ch. 4 ci-dessus). Il ne sera guère plus malaisé, au cours d'une procédure de faillite ou de concordat ou dans une saisie, voire déjà lors de l'exécution d'un sequestre, d'établir si le débiteur est un Allemand ou un Polonais ou une personne assimilée à un Allemand (cf. ch. 1 et 3 ci-dessus). Mais cela s'ajoute que, chaque fois que dans une poursuite exercée pour plus de 2000 francs, un paiement doit être fait à l'office des poursuites, il faut savoir si c'est pour le compte d'un Allemand ou d'un Polonais ou d'une personne assimilée à un Allemand, que ce soit le créancier poursuivant ou le débiteur poursuivi. Dans la poursuite en réalisation de gage pour une créance supérieure à 2000 francs ou portant sur un objet dont la valeur présumée dépasse ce montant, il faut même que l'office des poursuites sache aussitôt après l'ouverture de la poursuite si le débiteur ou le propriétaire du gage {lorsqu'il ne s'identifie pas au premier} est un Allemand ou un Polonais ou une personne mise sur le même pied (cf. ch. 2 ci-dessus). Si l'office des poursuites, l'office des faillites, l'administrateur d'une faillite ou le liquidateur d'un concordat ne connaissent pas de source certaine la nationalité des intéressés, ils ne pourront pas se dispenser, dans les cas indiqués, de faire à ce sujet les recherches qu'ils jugeront utiles, afin d'éviter de violer les arrêtés du Conseil fédéral. En ce qui concerne les ressortissants de la ville libre de Dantzig, des territoires de l'Est précédemment *Schuldbetreibungs- und Konkursrecht*. N° 11. 43 annexes à l'Allemagne, de la Basse-Styrie et des territoires de la République tchécoslovaque naguère contrôlés par l'Allemagne, il y aura lieu, à cet effet, d'exiger d'eux la présentation de leurs papiers de légitimation. Si les obligations résultant pour les offices de poursuite et de faillite, les administrateurs de faillites et les liquidateurs de concordats des nouveaux arrêts du Conseil fédéral ont pu être limités au cas où la somme relativement élevée de 2000 francs se trouve en jeu, c'est uniquement dans l'idée que lesdits offices, administrateurs et liquidateurs voueront toute leur attention à ce que les intéressés ne cherchent pas à éluder ces arrêtés ou la présente circulaire en procédant à la division des créances, notamment en faisant intervenir des hommes de paille, et que les organes d'exécution appliqueront la circulaire chaque fois qu'un cas leur paraîtra suspect. De même, dans l'éventualité où des objets estimés moins de 2000 francs se trouveraient vendus à un prix supérieur, il y aurait lieu d'en informer après coup l'office suisse de compensation. Il va sans dire qu'aucuns frais ne peuvent être mis à la charge de l'office suisse de compensation du fait des rapports que les organes d'exécution ont avec cet office. Les débours et émoluments auxquels donnent lieu ces relations sont soumis à la règle générale: ils sont à la charge du débiteur ou de la masse, le créancier devant éventuellement en faire l'avance. Ci riferiamo alle precedenti circolari N. 25 (15 gennaio 1936), N. 26 (4 aprile 1936) e N. 28 (21 giugno 1940) concernenti il traffico di compensazione con l'estero (clearing). Da allora, le restrizioni relative al regime dei pagamenti con l'estero non solo vennero estese territorialmente da diversi decreti del Consiglio federale, ma hanno altresì subito un parziale inasprimento. Restrizioni di 1 RU 62 m 1 e 49. 66 UI 1.

44 *Schuldbetreibungs- und Konkursrecht*. N° 11. tale natura esistono attualmente nei rapporti con i seguenti paesi: Belgio (i possedimenti compresi), Bulgaria, Cecoslovacchia, Danimarca, Finlandia, Francia (il territorio doganale, i possedimenti, le colonie, i protettorati ed i mandati coloniali francesi), Germania (ivi compresa l'Austria, la Città libera di Danzica, i territori orientali precedentemente annessi all'Impero germanico e la Bassa Stiria), Grecia, Italia, Jugoslavia (compresa la Croazia), Lussemburgo, Norvegia, Olanda (comprese le Indie olandesi), Polonia, Romania, Spagna (con le isole Canarie, la

zona del Marocco soggetta al protettorato spagnolo e gli altri possedimenti della Spagna), Turchia, Ungheria e l'Unione delle Repubbliche Sovietiche Socialiste (comprese l'Estonia, la Lettonia e la Lituania). Infine il regime dei pagamenti con la Germania è stato recentemente disciplinato, con misure provvisorie e di carattere nuovo, dai decreti federali 16 febbraio, 27 aprile e 3 luglio 1945; quello con la Polonia, dal decreto federale 3 luglio 1945. In conformità di tali decreti, i pagamenti da effettuarsi a cittadini germanici o polacchi residenti in Svizzera o all'estero e, in genere, tutti gli atti di disposizione relativi a beni situati o amministrati nel nostro paese e appartenenti a cittadini germanici o polacchi - siano essi residenti in Svizzera o all'estero - sono pure soggetti a restrizioni. Ai cittadini germanici sono equiparati gli appartenenti alla Repubblica dell'Austria, come pure gli abitanti della Città libera di Danzica, dei territori orientali precedentemente annessi all'Impero germanico, della Bassa Stiria e dei territori della Repubblica Cecoslovacca già sotto controllo tedesco, in quanto si legittimino con documenti loro rilasciati dalle autorità germaniche d'occupazione o dalle autorità nazionali precedentemente sottoposte al controllo tedesco. Conseguentemente si rendono necessarie le seguenti istruzioni che includono quelle già contenute nelle precedenti circolari: 1. Ove debbasi procedere ad un sequestro o ad un pignoramento Schuldbetreibung und Konkursrecht. N° 11. 45 nei confronti di una persona (fisica o giuridica, società commerciale o comunione personale) con domicilio o sede in uno dei paesi summenzionati oppure nei riguardi di un cittadino germanico o polacco residente in Svizzera o in uno dei paesi non contemplati dalla precedente enumerazione, o nei confronti d'una persona equiparata, in conformità di quanto sopra esposto, ai cittadini germanici; sempre che, per i casi contemplati da questo capoverso, il credito per il quale è chiesto il provvedimento esecutivo (pignoramento o sequestro), ovvero il valore di stima dei beni sequestrati o pignorati, sia superiore a fr. 2000, l'ufficio di esecuzione deve chiedere all'Ufficio svizzero di compensazione a Zurigo, rimettendogli una copia del processo verbale di sequestro o di pignoramento, se i provvedimenti medesimi (sequestro o pignoramento) possano essere mantenuti. Ove non sia il caso, l'ufficio d'esecuzione, non appena la decisione relativa dell'ufficio di compensazione sia passata in giudicato, procede all'annullamento del sequestro o del pignoramento. Gli eventuali versamenti già fatti dal debitore all'ufficio d'esecuzione vanno in tal caso rimessi alla Banca Nazionale Svizzera od all'ente o persona designati dall'Ufficio svizzero di compensazione. 2. Quando, in un'esecuzione in via di realizzazione di pegno, il proprietario del pegno sia una persona con domicilio o sede in uno dei paesi summenzionati oppure un cittadino germanico o polacco residente in Svizzera o in uno Stato non contemplato nella precedente enumerazione; infine, una persona equiparata, in conformità di quanto suesposto, ai cittadini germanici; sempre che, nei casi contemplati da questo capoverso, la somma facente oggetto dell'esecuzione o il valore prestabile delle cose costituite in pegno sia superiore a fr. 2000, l'ufficio d'esecuzione deve chiedere all'Ufficio svizzero di compensazione a Zurigo, rimettendogli una copia del

Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° H. precetto esecutivo, se la realizzazione del pegno sia ammissibile. (Ove solo al momento della stima dovesse rivelarsi che i pegni hanno un valore superiore a franchi 2000, l'Ufficio svizzero di compensazione sarà ugualmente interpellato sull'ammissibilità della realizzazione). In caso di risposta negativa, non appena la relativa decisione dell'Ufficio di compensazione sia passata in giudicato, l'esecuzione va annullata. Eventuali versamenti che dovessero essere stati effettuati all'ufficio d'esecuzione vanno rimessi alla Banca Nazionale Svizzera od all'ente o persona designati dall'Ufficio di compensazione. Ugualmente va rimessa alla Banca Nazionale o

all'ente o persona designati dall'Ufficio di compensazione un'eventuale eccedenza del ricavo della vendita del pegno, di cui sia stata concessa la realizzazione. Analogamente sono da rimettere all'ente o alla persona designati dall'Ufficio di compensazione i pegni residuali, la cui realizzazione si sia dimostrata superflua. 3. Quando, nei confronti di un cittadino germanico o polacco, ovvero di una persona che, in conformità di quanto suesposto, è equiparata ai cittadini germanici, sia in corso, nel nostro paese, una procedura fallimentare o una liquidazione conseguente a un concordato con cessione degli attivi (trattasi di una procedura iniziata prima o dopo questa circolare, senza per altro che la ripartizione finale abbia avuto luogo), occorre informare sollecitamente l'Ufficio svizzero di compensazione a Zurigo, indicandogli, ad un tempo, il valore globale di stima dei beni. 4. Quando, in una procedura d'esecuzione o di fallimento o in una liquidazione conseguente ad un concordato con cessione d'attivi, debbano eseguirsi dei pagamenti ad aventi diritto domiciliati o con sede in uno dei paesi summenzionati o ad un cittadino germanico o polacco residente in Svizzera o in uno dei paesi non compresi nella precedente enumerazione, ovvero a una persona equiparata, in conformità di quanto suesposto, ai cittadini germanici; I, Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. NO 11. 47 sempre che, nei casi contemplati da questo capoverso, la somma oggetto dell'esecuzione o la quota (fallimentare o concordataria) che spetta all'avente diritto sia superiore a fr. 2000, occorre chiedere all'Ufficio svizzero di compensazione a Zurigo se il pagamento sia da eseguirsi alla Banca Nazionale Svizzera. Il versamento dovrà essere effettuato a questo Istituto o all'ente o persona indicati dall'Ufficio di compensazione, non appena la relativa decisione dell'ufficio medesimo sarà eseguita in giudizio. Nella misura in cui le istruzioni precedenti concernono dei cittadini germanici o polacchi residenti in Svizzera od in uno dei paesi non menzionati nella precedente enumerazione, oppure delle persone che, conformemente a quanto suesposto, sono equiparate ai cittadini germanici, è necessario che l'ufficio d'esecuzione e dei fallimenti, gli amministratori fallimentari ed i liquidatori concordatari sappiano tempestivamente se fra le persone che prendono parte alla data procedura esecutiva ve ne siano di quelle in cui concorrono le dette condizioni personali. Nel corso di un procedimento fallimentare, di una liquidazione concordataria o di un'esecuzione da proseguirsi sino alla realizzazione non sarà difficile stabilire se, fra gli aventi diritto al ricavo della realizzazione, figurino dei cittadini germanici o polacchi, oppure delle persone equiparate (v. sopra cifra 4). Ne sarà più difficile accertare, nel corso di una procedura fallimentare o concordataria, oppure in occasione d'un pignoramento - e persino già all'atto del sequestro - se il debitore è un Germanico, un Polacco o una persona equiparata (cfr. cifre I e 3 più sopra). E inoltre da notare che, ogni qualvolta in un'esecuzione avente per oggetto una somma superiore a fr. 2000 sia effettuato un versamento all'ufficio d'esecuzione, va appurato se esso avvenga per conto d'un cittadino germanico o polacco, ovvero di una persona equiparata, sia quale creditore precedente, sia quale debitore esecuto. Nel caso d'una esecuzione in via di realizzazione di pegno,

48 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. NO 11. qual 1 @ il credito od il valore presumibile del pegno ecceda i fr. 2000, occorrerà anzi che l'ufficio d'esecuzione sappia subito dopo l'inizio del procedimento se il debitore o l'eventuale terzo proprietario del pegno sia un Germanico o un Polacco, ovvero una persona equiparata (cfr. cifra 2 più sopra). Ove la nazionalità degli interessati non dovesse essere nota con certezza, l'ufficio d'esecuzione e fallimenti, l'amministrazione fallimentare o il liquidatore nella procedura concordataria non potranno esimersi dall'esplicitare le indagini che riterranno opportune. Lo scopo di evitare delle trasgressioni ai surriferiti decreti del Consiglio federale. A tale fine, occorrerà

segnatamente esigere, dagli appartenenti alla Città libero. di Danzica, ai territori orientali precedentemente annessi all'Impero germanico, 0.110. Bassa Stiria ed ai territori della Repubblica Cecoslovacca già soggetti al controllo tedesco, 10. presentazione delle carte d'identità. I compiti che derivano agli uffici d'esecuzione e fallimentari, agli amministratori fallimentari ed ai liquidatori dai nuovi decreti del Consiglio federale poterono essere limitati, con l'introduzione di un valore minimo - relativamente elevato - di fr. 2000, solo partendo dal presupposto che i detti uffici, amministratori e liquidatori usino tutta la loro diligenza al fine di evitare che gli interessati abbiano ad eludere i decreti in parola e 10. presente circolare con l'assegnamento della suddivisione dell'eredito, facendo segnatamente capo al debitore. Nei casi sospetti, dovrà però essere applicata la circolare. Così pure, ove il ricavo di oggetti stimati ad un valore inferiore a fr. 2000 ecceda tale importo, occorrerà informarne l'Ufficio svizzero di compensazione. Quest'ufficio non può naturalmente essere gravato delle spese che risulteranno alle autorità d'esecuzione dai loro rapporti con esso. I disborse e le tasse relativi vanno sopportati dal debitore (ovvero dalla massa), riservato l'eventuale obbligo d'anticipazione del creditore.

Schuld- und Konkursrecht. N° 12. II. ENTSCHEIDUNGEN DER SCHULD- BETREIBUNGS- UND KONKURSKAMMER ARR:li:TS DE LA CHAMBRE DES POURSUITES ET DES FAILLITES 12. Entscheid vom 14. Februar 1945 i. S. Kunz-Suter. Lohnpfändung, Existenzminimum (Art. 93 SchKG). 49 Kann der Schuldner Prämien für Versicherung Angehöriger zum Existenzminimum rechnen ! Saiaie de Salair6. Minimum vitaZ (a.rt. 93 LP). Doit-on considerer comme des dépenses indispensables a. l'entretien du débiteur les primes qu'il paye pour assurer les membres de la famille f PignO'l'amento deZ Salario. Minimo d'esistenza (a.rt. 93 LEF). Il cosiddetto minimo d'esistenza garantito dall'art. 93 LEF è comprensivo anche dei premi d'assicurazione corrisposti dal debitore per i membri della propria famiglia? A. - Das Betreibungsamt und die untere Aufsichtsbehörde setzten das Existenzminimum des Schuldners und seiner - aus Frau und zwei Kindern bestehenden - Familie auf monatlich Fr. 462.90 fest und lehnten daher die Pfändung einer Quote des Fr. 460.- betragenden Monatslohnes ab. Im Existenzminimum ist inbegriffen ein Posten von Fr. 36.40 für Unfall- und Lebensversicherung, nämlich folgende Prämien umfasst: Unfallversicherung für Frau und zwei Knaben Fr. 3.20 drei Heftli-Unfallversicherungen für gleiche Personen » 2.40 drei Volks-Lebensversicherungen a. Fr. 4.- für gleiche Personen » 12.- Zusammen. . Fr. 17.60 In Gutheissung des Rekurses des Gläubigers hat die obere Aufsichtsbehörde von den Versicherungsprämien die Fr. 2.40 und die Hälfte der Fr. 12.- gestrichen, das Existenzminimum um diese Fr. 8.40 herabgesetzt und den , AS 71 III - 1945

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.